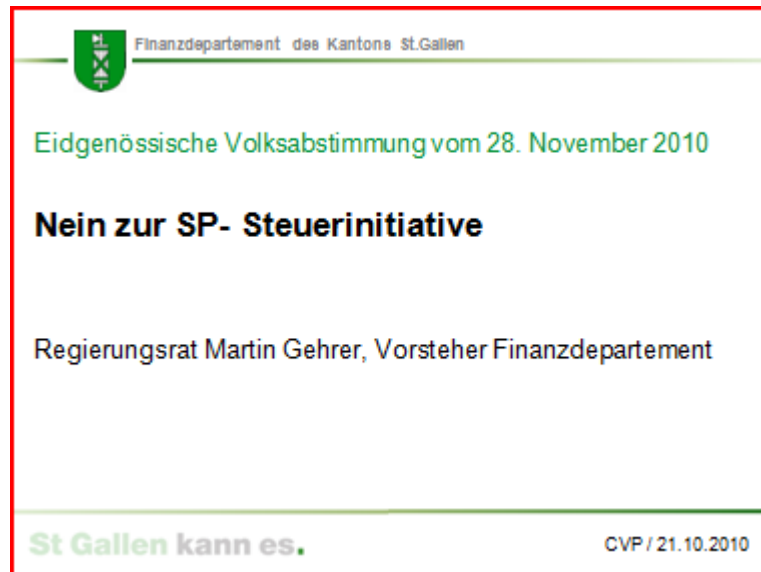


Eidgenössische Volksabstimmung vom 28. November 2010

Nein zur SP-Steuerinitiative

Delegiertenversammlung der CVP Kanton St.Gallen, 21. Oktober 2010, in Sargans




Einleitung

Am 28. November 2010 stimmen wir über die SP-Steuerinitiative ab. Wörtlich heisst die Initiative: «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steuergerechtigkeits-Initiative).»

Die Initiative verspricht also Steuergerechtigkeit und faire Steuern. Gegen diese Zielsetzung ist an sich nichts einzuwenden. Im Gegenteil, wir alle wollen zweifellos ein gerechtes und faires Steuersystem. Nur: Die Initiative verfehlt diese Zielsetzung. Stattdessen greift sie in die Steuerautonomie der Kantone und der Gemeinden und damit auch in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger ein. Ich werde versuchen, Ihnen in den nächsten paar Minuten aufzuzeigen, warum dies so ist und warum wir die Initiative ablehnen müssen.

1. Was will die SP-Steuerinitiative?

Folie 1: Was will die SP-Steuerinitiative?



Finanzdepartement des Kantons St. Gallen

Was will die SP-Steuerinitiative?

- Grenzsteuersatz der kantonalen und kommunalen Steuern für steuerbares Einkommen **ab CHF 250'000** in allen Kantonen **mindestens 22%** (Alleinstehende)
- Grenzsteuersatz der kantonalen und kommunalen Steuern für steuerbares Vermögen **ab CHF 2'000'000** in allen Kantonen **mindestens 5‰** (Alleinstehende)
- Verbot degressiver Steuertarife

St. Gallen kann es. CVP / 21.10.2010 / Folie 1

Die Initiative fordert Mindeststeuersätze für hohe Einkommen und Vermögen sowie ein Verbot degressiver Steuersätze. Damit wollen die Initianten die nach ihrer Ansicht schädlichen Auswirkungen des kantonalen Steuerwettbewerbs eindämmen.

Namentlich will die Initiative folgende Mindeststeuersätze für hohe Einkommen und Vermögen einführen:

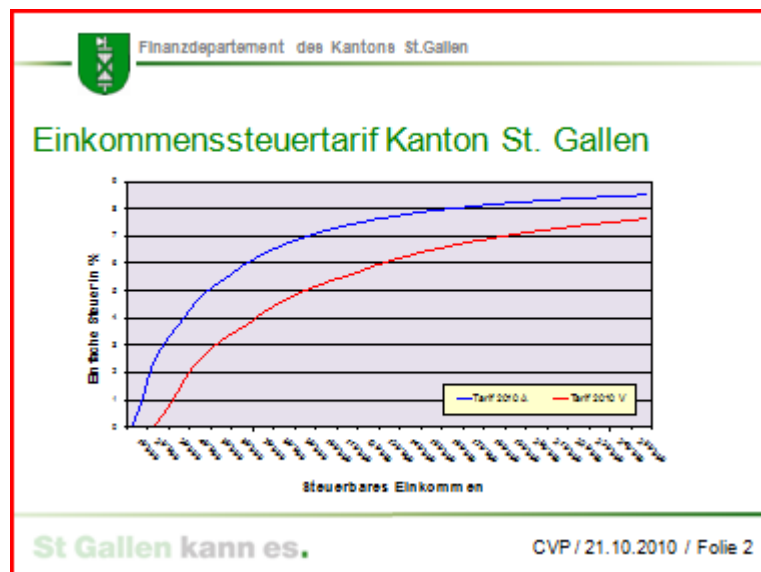
- Beim Einkommen würde für Alleinstehende der Teil des steuerbaren Einkommens, der 250 000 Franken übersteigt, mit einem Steuersatz von mindestens 22 Prozent belastet (Grenzsteuersatz). Für gemeinsam veranlagte Paare und alleinstehende Personen mit Kindern könnte der Gesetzgeber ein höheres steuerbares Einkommen festlegen, ab welchem die Mindeststeuersätze gelten.
- Beim Vermögen würde für Alleinstehende der Teil des steuerbaren Vermögens, der 2 Millionen Franken übersteigt, mit mindestens 5 Promille besteuert. Auch hier könnte für gemeinsam veranlagte Paare und alleinstehende Personen mit Kindern ein höheres steuerbares Vermögen bestimmt werden, ab dem die Mindeststeuersätze Anwendung finden.

Die Initiative zielt also auf höhere Besteuerung der hohen Einkommen und Vermögen. Wir haben in der Schweiz rund 4,3 Mio. Steuerpflichtige. Was glauben Sie, wieviele davon über ein steuerbares Einkommen von über 250 000 Franken verfügen? Gemäss Zahlen der Eidgenössischen Steuerverwaltung sind dies nicht einmal 1 Prozent aller Steuerpflichtigen. Im Kanton St.Gallen sind es rund 2'000 Steuerpflichtige (rund 0,7 %).

Und was glauben Sie, wieviel Steuern diese weniger als 1 Prozent aller Steuerpflichtigen bezahlen? Sie werden staunen. Diese wenigen begüterten Steuerpflichtigen zahlen 35 Prozent der Steuereinnahmen aus der direkten Bundessteuer. Und bei den kantonalen und kommunalen Einkommens- und Vermögenssteuern sind es in unserem Kanton immerhin auch rund 15 Prozent.

Es ist also nicht so, dass die Steuerpflichtigen mit hohen Einkommen – die SP nennt sie «Superreiche und Abzocker» – in unserem Land nicht auch hohe Steuern zahlen oder dass sie auf Kosten der Mehrheit vom Steuerwettbewerb profitieren oder bevorzugt würden. Wenn die SP versucht, diese Vorlage zu einer Abzockerdebatte zu machen, so wählt sie das falsche Feld. Ich will nicht die Abzocker schön reden: diese beziehen hohe Löhne, über deren Berechtigung man sich wirklich fragen kann. Aber steuerlich können sie davon nicht profitieren. Sie zahlen für die hohen Löhne auch entsprechend hohe Steuern. Und das ist auch durchaus gerecht. Hohe Einkommen und grosse Vermögen sollen auch entsprechend höher besteuert werden als tiefe. Dafür sorgen die progressiven Steuertarife. Dies ist gewollt und richtig und soll auch so bleiben.

Ich kann dies am Beispiel unseres Kantons zeigen:

Folie 2: Einkommenssteuertarif im Kanton St.Gallen (Kurvenverlauf)


Aus den Unterlagen zur Steuererklärung ist Ihnen vielleicht diese Folie besser vertraut:

Folie 3: Geltender Einkommenssteuertarif

Finanzdepartement des Kantons St.Gallen

Geltender Einkommenssteuertarif

Art. 50 StG

Die einfache Steuer vom Einkommen beträgt:


0	Prozent für die ersten	11 000.-
4	Prozent für die weiteren	4 000.-
6	Prozent für die weiteren	17 000.-
8	Prozent für die weiteren	25 000.-
9,2	Prozent für die weiteren	36 000.-
9,4	Prozent für die weiteren	157 000.-

Für steuerbare Einkommen **über CHF 250'000** beträgt die einfache Steuer für das ganze Einkommen **8,5%**.

St Gallen kann es. CVP / 21.10.2010 / Folie 3

Aus beiden Folien erkennen Sie, dass für steuerbare Einkommen über Fr. 250'000 die einfache Steuer für das ganze Einkommen 8,5 % beträgt. Diese 8,5 % entsprechen nun aber natürlich nicht dem Mindest-Grenzsteuersatz von 22 %, den die Initiative für hohe Einkommen fordert. Der Grenzsteuersatz lässt sich erst anhand des Steuerfusses ermitteln. Und daraus ergibt sich folgende Berechnung:

Folie 4: Berechnung Grenzsteuersatz



Finanzdepartement des Kantons St. Gallen

Berechnung Grenzsteuersatz

$$\frac{22\%}{8,5\%} = 2,588$$

d.h. Gesamtsteuerfuss Kanton und Gemeinde
mind. **259 %** (ohne Kirchgemeinden)

→ In keiner Gemeinde wird
Mindestbelastung erreicht

St Gallen kann es. CVP / 21.10.2010 / Folie 4

Mit anderen Worten: Erst bei einem Gesamtsteuerfuss von 259 % erreicht man im Kanton St.Gallen den von der SP geforderten Mindest-Grenzsteuersatz von 22 %. Heute ist es aber so, dass in keiner einzigen st.gallischen Gemeinde der Steuerfuss so hoch ist. Nehmen Sie das Beispiel von Sargans:

Staatssteuerfuss:	95 %
Gemeindesteuerfuss	<u>142 %</u>
Total	237 %

In Sargans ist also der Mindest-Grenzsteuersatz nicht erreicht. Und genauso ist es in allen anderen St.Galler Gemeinden, und darüber hinaus auch in 15 anderen Kantonen:

Folie 5: Auswirkungen für Einkommen über CHF 250'000



In 15 Kantonen liegt die Steuerbelastung für Alleinstehende mit einem steuerbaren Einkommen von 250 000 Franken in allen oder einzelnen Gemeinden tiefer als die durch die Initiative zugelassenen 22 Prozent. Mehr als die Hälfte der Kantone müssten also wie der Kanton St.Gallen ihre Einkommenssteuern erhöhen. Und das Gleiche gilt für die Vermögenssteuern, auf die ich hier aber nicht im Detail eingehen will.

Die Initiative lässt offen, *wie* die Kantone sie umsetzen wollen. Man kann dies auf verschiedene Art machen:

Folie 6: Umsetzungsvarianten

Finanzdepartement des Kantons St.Gallen

Umsetzungsvarianten

- über Steuerfuss (Kanton und/oder Gemeinden)
→ Steuererhöhungen für alle
- über Tarif mit Sprung ab CHF 250'000
≠ wirtschaftliche Leistungsfähigkeit
- über neuen Tarif mit angepassten Tarilstufen
→ theoretisch mögliche Umsetzung mit gezielter Mehrbelastung
- Kombination von Tarif- und Steuerfussanpassung


St. Gallen kann es.

CVP / 21.10.2010 / Folie 6

- Man kann den Steuerfuss der Gemeinde erhöhen – dann trifft es alle Steuerpflichtigen.
- Oder man kann den Steuerfuss des Kantons erhöhen – dann trifft es auch alle Steuerpflichtigen.
- Oder man nimmt Korrekturen am Tarif vor. Allerdings zeigen sich auch dort Probleme und Grenzen, welche die Initianten völlig ausblenden. Der Grund liegt darin, dass in der Schweiz von Verfassungs wegen jedermann nach der *wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit* besteuert werden muss. Das bedeutet, dass sich bei steigenden Einkommen die steuerliche Mehrbelastung kontinuierlich entwickeln muss. Die Progressionskurve darf keine "Knicke" oder "Sprünge" aufweisen. Das heisst nichts Anderes, als dass mit der Annahme der Initiative auch Einkommen unter 250'000 Franken *mehr* belastet werden. Wo genau die Grenze zu liegen kommt, hängt von der Umsetzung ab. Und im Übrigen heisst ein steuerbares Einkommen von 250'000 Franken nicht in jedem Kanton dasselbe. Die Kantone können die Abzüge unterschiedlich hoch ansetzen. Die Initiative setzt Anreize, über eine grosszügige Abzugspolitik die Mindestbesteuerung zu unterlaufen.

Wie also die Initiative umgesetzt würde, ist offen. Am wahrscheinlichsten wäre wohl eine Neumodellierung des Tarifs, kombiniert mit einem Mindeststeuersatz für die Gemeinden. So oder so lässt sich aber sagen: Die Initiative führt tendenziell zu höheren Steuereinnahmen.

Folie 7: SP-Steuerinitiative



Finanzdepartement des Kantons St. Gallen

SP-Steuerinitiative

verspricht theoretisch

- Steuergerechtigkeit
- faire Steuern

bewirkt tatsächlich

- höhere Steuern tendenziell auch für mittlere Einkommen
- Aushöhlung der Steuerautonomie von Kantonen und Gemeinden

St Gallen kann es.


CVP / 21.10.2010 / Folie 7

Mit höheren Steuereinnahmen könnte ich als Finanzchefs des Kantons ja eigentlich ganz gut leben. Die Hauptprobleme der Initiative liegen aber nicht bei ihrer Umsetzung, sondern bei fundamentalen staatspolitischen Aspekten. Wir verspielen uns mit der Annahme der Initiative die Vorteile des Steuerwettbewerbs.

2. Die Vorteile des Steuerwettbewerbs nicht verspielen

Die SP-Initiative verteufelt den Steuerwettbewerb unter den Kantonen und den Gemeinden. Nun, man kann sich in der Tat fragen, wie weit der Steuerwettbewerb gehen soll und wie lange man von einem «gesunden Steuerwettbewerb» sprechen soll. Gewisse Auswüchse sind zugegeben auch nicht nach meinem Gusto. Ich bin denn auch froh, dass das Bundesgericht zum Beispiel die degressiven Steuertarife des Kantons Obwalden als verfassungswidrig erklärt hat. Und ich halte es auch für richtig, dass die Bundesgesetzgebung mit der «formellen Steuerharmonisierung» dem Steuerwettbewerb Grenzen setzt, aber bewusst nicht so enge, wie sie die SP mit ihrer übertriebenen Forderung nach «materieller Steuerharmonisierung» anstrebt. Solchen Ansinnen ist von Anfang an ein Riegel zu schieben. Denn der Steuerwettbewerb hat unbestreitbare Vorteile und ist keineswegs «ruinös», wie uns die SP weismachen will. Wir haben gerade auch mit dem neuen Finanzausgleich (NFA) Leitplanken und ein gutes Instrument, um die unerwünschten Auswirkungen des Steuerwettbewerbs zu mildern.

Folie 8: Vorteile Steuerwettbewerb



Finanzdepartement des Kantons St. Gallen

Vorteile Steuerwettbewerb

Steuerwettbewerb unter den Kantonen

- belebt die Demokratie
- schafft Anreiz zur effizienten und innovativen Aufgabenerfüllung des Staates
- bietet Randregionen die Chance, wettbewerbsfähig zu sein
- wirkt sich für alle Steuerzahlenden positiv aus

St Gallen kann es.

CVP / 21.10.2010 / Folie 8

Ich habe es ganz bewusst plakativ formuliert: Steuerwettbewerb belebt die Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger haben heute die Möglichkeit, die Steuerbelastung in ihrer Gemeinde oder ihrem Kanton mit derjenigen in der Nachbargemeinde zu vergleichen. Durch eine Einschränkung des Steuerwettbewerbs wären Effizienzvergleiche nur noch beschränkt möglich und der belebende Konkurrenzdruck auf die politischen Behörden entfielen.

Der Steuerwettbewerb zwingt die Kantone und Gemeinden, öffentliche Leistungen möglichst kostengünstig zu erbringen und sie an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten. Er bietet Anreiz für einen haushälterischen Umgang mit den Steuereinnahmen und hilft verhindern, dass Steuern leichtfertig erhöht werden. Dieser Anreiz zur effizienten Leistungserbringung würde durch die Einschränkung des Steuerwettbewerbs reduziert. Im dynamischen globalen Standortwettbewerb wird Innovationskraft immer mehr zu einem zentralen Erfolgsfaktor. Die Einschränkung des Steuerwettbewerbs wirkt sich negativ auf die Innovationsfähigkeit der Schweiz aus. Damit setzen wir unseren Wohlstand und Arbeitsplätze aufs Spiel.

Ich glaube, man darf sagen, dass sich der Steuerwettbewerb für alle Steuerzahlenden positiv auswirkt. Gerade die Steuerentlastungen der letzten Jahren drei, vier Jahre in unserem Kanton zeigen, dass sich der Kanton St.Gallen im Steuerwettbewerb deutlich verbessern konnte und dass von diesem Steuerwettbewerb nicht nur die obersten Einkommen profitieren, sondern vor allem der Mittelstand, die Familien und die KMU. Diese Möglichkeit wollen wir behalten.


Es geht der SP aber nicht nur um die Einschränkung des Steuerwettbewerbs. Es steht weit mehr auf dem Spiel, nämlich unser Erfolgsmodell, der Föderalismus.

3. Der Schweizer Föderalismus: unser Erfolgsmodell

Mit der Steuerinitiative setzt die SP das finanz- und steuerpolitische Erfolgsmodell der Schweiz aufs Spiel – nicht nur für unser Land als Ganzes, sondern vor allem auch aus Sicht der Kantone. Grundlage dieses Erfolgsmodells ist der Föderalismus. Jede staatliche Ebene entscheidet in hoher Eigenverantwortung über gewisse Auf-

gaben. Diese Aufteilung bündigt die Staatsmacht und schützt die Bürgerinnen und Bürger vor einer überbordenden Staatstätigkeit.

Folie 9: Erfolgsmodell Schweizer Föderalismus


Finanzdepartement des Kantons St.Gallen


Erfolgsmodell Schweizer Föderalismus

- Finanz- und Steuerautonomie der Kantone und Gemeinden garantieren selbstbestimmte Aufgabenerfüllung
- Aufgabenteilung zwischen den drei Staatsebenen schützt vor einer überbordenden Staatstätigkeit
- Wettbewerb unter den Kantonen fördert effiziente und innovative Lösungen und stärkt die Konkurrenzfähigkeit des ganzen Landes

Annahme der Initiative = Ende dieses Modells

St Gallen kann es.
CVP / 21.10.2010 / Folie 9

Die SP-Steuerinitiative stellt einen frontalen Angriff auf die kantonale und kommunale Finanz- und Steuerautonomie dar. Die Steuersouveränität ist für uns Schweizerinnen und Schweizer eine Selbstverständlichkeit. Als Bürgerinnen und Bürger wollen wir selber entscheiden, wie hoch die Steuerbelastung sein soll. Dazu stehen uns die demokratischen Mitwirkungsrechte beim Erlass oder bei Änderungen des kantonalen Steuergesetzes und bei der Festlegung des Gemeindesteuerfusses zur Verfügung. Bei Annahme der Steuerinitiative wäre damit teilweise Schluss. Der Bund würde den Kantonen und Gemeinden eine Mindestbesteuerung vorschreiben. Die Souveränität von Kanton und Gemeinden in Steuerfragen würde dadurch erheblich eingeschränkt. Man sieht es auf folgender Folie:

Folie 10: Auswirkungen der Umsetzungsvarianten


Finanzdepartement des Kantons St. Gallen

Auswirkungen aller Umsetzungsvarianten

- Kanton kann Steuerfuss nicht mehr senken
→ Gemeinden mit tiefem Steuerfuss fallen unter die Limite
- Gemeinden mit tiefem Steuerfuss können diesen nicht mehr senken
→ fallen unter die Limite
- Belastungsänderungen nur noch über Gesetzesanpassungen

Zementierung der Belastung
Aushebelung der Steuerautonomie von Kanton und Gemeinden

St. Gallen kann es. CVP / 21.10.2010 / Folie 10

Durch die Initiative würde die Steuerbelastung in unserem Kanton weitgehend zementiert. Kurzfristige Entlastungen durch Senkung des Steuerfusses wären praktisch nicht mehr möglich. Unsere Steuerordnung würde damit völlig starr. Unser demokratisches Recht, die Steuerbelastung jährlich den konkreten Bedürfnissen anzupassen und dabei auch Steuerentlastungen vorzusehen, würde erheblich eingeschränkt. Das kann und darf nicht sein.

Die Initiative ist aber auch ein Schlag ins Leere! Sie steht nämlich im krassen Widerspruch zum neuen Bundesfinanzausgleich:

4. Widerspruch zum neuen Finanzausgleich

Gemäss Initiativtext haben die Kantone, welche ihre Steuertarife und Steuersätze den Mindestanforderungen anpassen müssen, aus den Steuermehreinnahmen zusätzliche Beiträge in den Finanzausgleich zu leisten.

Was heisst dies 1:1? Bei Annahme der SP-Initiative würden unserem Kanton inskünftig Steuermehreinnahmen zufließen. Einen Teil davon müsste er in den Bundesfinanzausgleich einschiessen, also just in *jenen* Topf, aus dem er heute als ressourcenschwacher Kanton rund 440 Mio. Franken pro Jahr bezieht. Das Resultat ist absurd, ein unsinniger Leerlauf, der den Prinzipien der NFA völlig zuwider läuft.

Ob nämlich ein Kanton in den so genannten Ressourcenausgleich einzahlen muss oder davon Mittel beziehen kann, hängt seit Einführung der NFA von seiner finanziellen Leistungsfähigkeit ab, d.h. vom steuerbaren Einkommen und Vermögen seiner Einwohnerinnen und Einwohner sowie den Gewinnen der ansässigen Unternehmen. Die effektive Steuerbelastung wird dabei nicht berücksichtigt. Geht ein Kanton unsorgfältig mit Steuergeldern um, erhält er dadurch keine zusätzlichen Mittel aus dem Finanzausgleich, wie das früher der Fall war.

Die Initianten haben aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt: Der Finanzausgleich soll gemäss Initiative wieder auf den Steuereinnahmen anstatt ausschliesslich auf der finanziellen Leistungsfähigkeit abstellen. Damit würde der Aufblähung der Staatshaushalte wieder Tür und Tor geöffnet. Kantone könnten Effizienzgewinne nicht mehr unbeschränkt durch Steuersenkungen an ihre Bevölkerung zurückgeben, sondern müssten sie – falls sie dadurch unter der Mindestbesteuerung zu liegen kämen – an den Finanzausgleich abliefern.

5. Fazit

Aus allen diesen Gründen empfehle ich Ihnen im Einklang mit dem Bundesrat, den Eidgenössischen Räten und der Konferenz der Kantonsregierungen sowie mit der CVP Schweiz, **die SP-Steuerinitiative am 28. November 2010 abzulehnen und heute die NEIN-Parole zu beschliessen.**

- weil sie die Grundprinzipien des erfolgreichen Schweizerischen Föderalismus verletzt;
- weil sie alle Kantone und alle Steuerzahlenden negativ betrifft;
- weil sie den Standort Schweiz schwächt;
- weil sie unnötig ist und schon genügend Spielregeln für Fairplay im Steuerwettbewerb bestehen;
- weil sie Umsetzungsprobleme schafft.